

Dresden, den 27.08.2024

Bündnis für Pflege Dresden



**BÜNDNIS
FÜR PFLEGE
DRESDEN**

**Sehr geehrter Herr Bundesminister Lindner,
sehr geehrte Damen und Herren der FDP-
Bundestagsfraktion,**

wütend haben wir Ihre Absichten zur Kenntnis genommen, das Streikrecht deutlich einzuschränken. Wir möchten Ihnen gegenüber hiermit erklären, dass wir dieses Vorhaben ausdrücklich missbilligen!

Wir machen darauf aufmerksam, dass in den letzten Jahren Kolleginnen und Kollegen aus Pflege und Krankenhäusern mutig und entschlossen mit Streikmaßnahmen nicht nur auf Missstände wie Personalmangel aufmerksam gemacht haben, sondern durch den Kampf für eine Personalbemessung nach realem Bedarf versucht haben diese Missstände abzustellen. Mit den von der FDP-Bundestagsfraktion vorgesehenen Einschränkungen des Streikrechts wäre das nicht möglich gewesen. Wir möchten auch darauf aufmerksam machen, dass diese Missstände das Ergebnis einer verfehlten Gesundheitspolitik sind, die sich an Kriterien wie Profitstreben und Effizienzdenken orientiert. Für diese trägt sicherlich nicht allein, aber auch die Bundestagsfraktion der FDP Verantwortung.

Nach Darstellung der FDP-Bundestagsfraktion würden „Millionen von Menschen“ durch Streiks „in der kritischen Infrastruktur“ in der Wahrnehmung der „Dienstleistungen dieser Branchen“ in „erheblichem Maße beeinträchtigt“. Nicht die Streiks gefährden Menschen oder beeinträchtigen sie in der Wahrnehmung von Dienstleistungen, sondern der Normalzustand, für den die Politik der FDP-Bundestagsfraktion eine Mitverantwortung trägt.

Wenn immer mehr Kliniken im ländlichen Raum erst privatisiert und dann geschlossen werden, wenn Zeiten für Rettungswege mitunter auf 45 Minuten anschwellen, dann gefährdet das Leben und Gesundheit. Sich gegen diesen Zustand zur Wehr zu setzen, auch mit dem Mittel des Streiks, bedeutet nicht eine Beeinträchtigung von Menschen, sondern setzt sich im Gegenteil für deren Interessen ein. Wenn Berliner Lehrerinnen und Lehrer für kleinere Klassen streiken und KITA-Beschäftigte für kleinere Gruppen, dann „beeinträchtigt“ nicht das den Lernerfolg oder die Erziehung von Kindern und Jugendlichen, sondern der Mangel an Personal.

Und nein, „Gewerkschaften und Arbeitgeber“ begegnen sich auch nicht „in großen Teilen der Privatwirtschaft auf Augenhöhe“, wie das Papier der FDP-Bundestagsfraktion unterstellt. Beschäftigte müssen sich auch dort eine gute Verhandlungsposition erkämpfen und Forderungen mit dem Mittel des Arbeitskampfes durchsetzen. Denn im Kapitalismus sind die Unternehmer die Besitzer der Produktionsmittel und haben daher in Konfliktsituationen am Arbeitsplatz eine weit bessere Ausgangsposition.

Das Gegenteil dessen, was das Positionspapier der Bundestagsfraktion der FDP suggeriert, ist der Fall: Die Forderungen der FDP werden Arbeitgebern und Beschäftigten nicht gleiche Bedingungen bieten, sondern die Arbeitgeber in Arbeitskämpfen weiter bevorteilen. Ob bei der Berliner Krankenhausbewegung, den Uniklinika in Nordrhein-Westfalen oder den Streiks bei der Deutschen Bahn: Es waren stets die Chefetagen, die entweder gar nicht oder nur über vollkommen unzureichende Angebote verhandeln wollten. Sie wollten die Streiks aussitzen und die Vorschläge ihrer Bundestagsfraktion werden diese Strategie der Arbeitgeberseite weiter erleichtern.

Streiks in der kritischen Infrastruktur wären nicht nötig, wenn Kliniken nicht verkauft, sondern von der öffentlichen Hand betrieben und Krankenhausschließungen verhindert werden würden. Streiks in der kritischen Infrastruktur wären nicht nötig, wenn eine gesetzliche Personalbemessung nach realem Bedarf in der Pflege, bei den KITAs, in Krankenhäusern und an den Schulen gelten würde. Streiks wären nicht nötig, wenn nicht Profitinteressen und Effizienzdenken in Bereichen wie Pflege und Gesundheit entscheiden würden, sondern die Beschäftigten und Patientinnen und Patienten bzw. Bewohnerinnen und Bewohner gemeinsam und demokratisch Kliniken und Pflegeeinrichtungen zum Wohle aller verwalten würden.

Solange das nicht der Fall ist, bleibt Streikrecht Notwehrrecht, auch und gerade zum Schutz der „unbeteiligten Dritten“, von denen die FDP in ihrem Papier spricht.

Wir werden nicht zulassen, dass das Streikrecht eingeschränkt werden wird. Wir protestieren in aller Form gegen die Absichten der FDP-Bundestagsfraktion!

Mit freundlichen Grüßen, Bündnis für Pflege Dresden.